

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Kostträger 1,50 Mk. für die Woche 6,10 Mk. für den Monat 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto Nr. 23 885. Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau. Verlagspreis-Anschluss: Ring Nr. 8827.

Freitag, 23. September 1921

Anzeigenpreis: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, gespaltelt oder deren Raum im Text 2.- Mk.

Die SPD. reicht Stinnes die Hand.

Mit 290 gegen 67 Stimmen hat der Parteitag von Görlich die Resolution des Parteivorstandes über die Koalitionsfrage angenommen. Die SPD. reicht Stinnes die Hand.

Vergessen sind alle stolzen Worte, alle Resolutionen, alle Beschlüsse gegen die Stinnespartei. Vergessen alle Erklärungen prinzipieller Gegnerlichkeit gegen die deutsche Volkspartei, mit denen die Parteibürokratie der SPD. ein Jahr lang haufieren ging!

Die paar Phrasen vom „Schutz der Republik“ sind allzu durchsichtig, als daß dadurch vor den Arbeitern die Tragweite des Görlicher Beschlusses verhüllt werden könnte. Die Koalition mit Stinnes bedeutet, daß Stinnes und die Gegenrevolution die volle Herrschaft in der bürgerlichen Republik erhalten, bedeutet die Aufhebung der letzten revolutionären Errungenschaften der Arbeiterschaft, bedeutet freie Bahn für die Ausbeutungsgelüste der Bourgeoisie, bedeutet Abwälzung aller Lasten auf die Schultern des Proletariats, die Sanktionierung des Steuerraubzugs.

Der Görlicher Beschluß ist ein Schlag ins Gesicht für die Arbeitermassen, die hungern und darben, die hier und dort schon zum Kampf gegen die Unternehmer schreiten, die überall die proletarische Einheitsfront fordern.

Wie tief in die Reihen der SPD. sind sich die Arbeiter alles dessen bewußt. Auf dem Parteitag selbst brachte Martwald-Frankfurt folgenden Gegenantrag ein:

„Der Parteitag beschließt den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung, falls nicht mindestens unverzüglich folgende Forderungen erfüllt werden: 1. Entlassung aller monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr. 2. Unlösbarer Beteiligung des Reiches an Eigentum aller industriellen und kommerziellen Großbetriebe, sowie an landwirtschaftlichen Grundbesitz. 3. Bildung eines mit dem Reichskabinett konformen Ministeriums in Preußen.“

„Es sind sofort durch eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz behufs Befreiung der Klassenjustiz und ein Gesetz behufs Enteignung des beschlagnahmen Hohenzollernvermögens ausgearbeitet. Ueber diese Gesetze ist sofort das Volksbegehren in die Wege zu leiten.“

Wie Jena stellte einen noch schärferen Antrag: „Der Parteitag erklärt in der sozialen Schichtung, dem Programm und vor allem in der Praxis der Deutschen Volks-

partei nicht die für eine Koalition notwendigen Garantien. Der Parteitag lehnt deshalb ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit der Deutschen Volkspartei ab.“

Schon nach der Annahme der Resolution des Parteivorstandes wies Hoch auf die Gefahren des Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei, auf die Not und Unzufriedenheit der Massen, auf die Notwendigkeit einer Konfiskation des Kapitals hin.

Selbst Erich Kuttner, der „Vorwärts“-Redakteur, schreibt über den Görlicher Beschluß:

Mit diesem Beschluß betritt die Partei einen furchtbar gefährlichen Boden, vor dem die heutigen Befürworter des Beschlusses selber zum großen Teil nach vor wenigen Monaten gewarnt haben. Wer freilich die Arbeiterbewegung unter weitem Gesichtswinkel sieht, der hat ein Recht zur Trauer. Die guten und gesunden Keime einer Wiedervereinigung werden durch diesen Beschluß zerstört. Die Angriffskraft der Sozialdemokratie geht verloren. Die Agitation wird allenthalben durch Rücksichtnahmen auf Koalitionsgenossen gestoppt. Auf den Straßen prügeln sich die Anhänger der Schwarzweißrot und der Schwarzrotgoldenen Flagge, was gewiß nicht immer schön ist, aber ihre innere Stimmung darstellt. Im Parlament sollen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold zusammenarbeiten, während dies draußen geschieht. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der jetzigen Situation liegt in der Steuerfrage und in der Erfassung der Goldwerte. Die sozialistischen und und privatrechtlichen Antipoden in dieser Frage sollen das Problem gemeinschaftlich lösen. Wie soll das praktisch ausgeführt werden? Konstitutionsfragen sind ihre natürliche Grenze in der künftigen Konstituierung: Wir stehen hier und ihr steht hier, ihr habt einen anderen Geist als wir.

Die Parteigenossen, die in dem Görlicher Beschluß eine schwere Gefahr für die Partei sehen, haben jetzt eine Pflicht und Aufgabe: dafür zu wirken, daß möglichst wenig von diesem Beschluß in die Praxis umgesetzt werde.

Diese Meinungen zeigen, welche Gärung innerhalb der Massen der SPD. besteht.

Die Parteibürokratie hat sich für Stinnes, gegen die proletarische Einheitsfront entschieden. Die Massen der Arbeiter, denen der Unternehmer mit der Verlängerung der Arbeitszeit, die Gegenrevolution mit dem Säbel und der Staat mit den Steuern droht, müssen und werden den Weg zum einheitlichen Kampf der Arbeiter finden!

Dizmanns Jena.

Vergangenen Sonntag wurde in Jena in später Abendstunde eine Verbandstagung geschlossen, die in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einen Markstein bilden wird. Nicht, weil auf der 15. ordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes so besonders hervorragende Reden gehalten oder Beschlüsse gefaßt worden wären, sondern deshalb, weil Jena den Schlußakt einer Bewegung bildet, die seit Jahren die deutschen Gewerkschaften beschäftigt. Millionen von Arbeitern folgten nach Kriegsschluß, empört über die Verräterei der rechtssozialistischen Bürokraten während des Krieges, den unabhängigen Gewerkschaftsführern. Und in keinem Verband wurde der Meinungsstreit mit mehr Erbitterung und Leidenschaft geführt als im DMV. Der Erfolg für die Opposition blieb auch nicht aus. In sehr kurzer Zeit war die Mehrheit auf ihrer Seite und auf dem letzten Verbandstag in Stuttgart war Dizmann als Führer der Opposition der unumschränkte Herrscher im Verband.

Wenn in Jena der Verbandstag endete mit einer gemeinsamen Resolution der SPD. und USPD., die auch schon vor zwei Jahren von einem Reichel und Schilde hätte angenommen werden können, dann bedeutet dies den glatten Bankrott einer nur auf Vorratradikalismus aufgebauten Bewegung. Es ist daher sicher nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß der Zusammenbruch der unabhängigen Politik in der größten deutschen Gewerkschaft seine Wirkungen auf die Entwicklung in den anderen Verbänden nicht verfehlen wird.

Wir Kommunisten müssen diese Entwicklung begrüßen, weil es den Arbeitern klar und deutlich zeigt, daß es genau wie in der politischen auch in der gewerkschaftlichen Bewegung auf die Dauer keine Halbheiten geben kann. Entweder konsequente revolutionäre Klassenpolitik oder reformistische Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital.

Ein Lavieren zwischen diesen beiden Polen muß die Vertreter dieser Politik bei den Massen in Mißkredit bringen und ist daher auf die Dauer einfach unmöglich. Das hat die Jenaer Tagung klar bewiesen. Wenn bisher noch ein großer Teil der Arbeiterschaft die radikalsten Redensarten der Dizmänner für bare Münze nahm, dann wurde ihr von dieser Generalversammlung sicher die Augen geöffnet. Daran werden auch die radikalsten Redensarten, mit denen Dizmann speziell in seinem Schlusswort seinen Bankrott zu vertuschen suchte, nichts ändern können.

Brachte der Verbandstag in rein formaler Hinsicht eine klare Entscheidung, indem er auch rein äußerlich die Vereinigung der beiden Anstrebungen Richtungen dokumentierte, so vermied er es vollkommen, sich grundsätzlich über die einzuschlagende Gewerkschaftspolitik auszusprechen. Wenn auch bei dem Uebergewicht, das die ausgesprochenen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft im Vorstand haben, kein Zweifel über die Tendenz der Verbandsführung aufkommen kann, so ist die programmatische Einheitsresolution alles andere als ein klares unzweideutiges Dokument. Einleitend wird die schäbliche Wirkung des Kapitalismus geschildert und dann wörtlich gesagt:

„Die Folgen sind: Wachsender Profit trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verweisung der heillosen Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verschlimmert sich fortgesetzt. Die Versuche zu seiner Besserung haben sich alle als zwecklos erwiesen.“

Nach diesen Sätzen, die vollkommen richtig sind und von jedem Kommunisten unterschrieben werden können, ist die darauf folgende Phrasologie über die Gemeinwirtschaft direkt lächerlich und die sieben Forderungen, die am Schluß der Resolution aufgestellt sind, sind dann auch so, daß man alles Mögliche da herauslesen kann. Daß die Verfasser der Resolution und die Delegierten, die dafür stimmten, nicht die Schlussfolgerung aus der im oben zitierten Satz zum Ausdruck gebrachten Erkenntnis ziehen wollten, ging daraus hervor, daß sie die kommunistischen Zusatzanträge ablehnten und dadurch ausdrücklich den Weg für eine arbeitsgemeinschaftliche Betätigung offen ließen. Daß durch die Ablehnung der Zusatzanträge der Kommunisten auch der letzte Rest von radikalem Glorienschein der USPD. genommen wurde, hat die Berliner „Freiheit“, das Zentralorgan der Unabhängigen, im höchsten Grade beunruhigt. Sie nimmt in einem von Stuttgart nach Jena übergeschriebenen Artikel zu dem Verbandstag Stellung und nachdem sie die Betätigung der Kommunistenausschüsse durch den Verbandstag als eine im Interesse der Einigkeit liegende Tat gepriesen hat, schreibt sie zu der Frage der Arbeitsgemeinschaft:

„Dennoch muß auf die Idee von den Arbeitsgemeinschaften auch heute noch ein wachsameres Auge gerichtet werden. In Jena ist eine Resolution angenommen worden, in der zwar das Wort Arbeitsgemeinschaften nicht vorkommt, aber es ist auch ein Antrag der Kommunisten, der die ausdrückliche Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften forderte, niedergelegt worden. Dafür enthält die Resolution einen Absatz, der die Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter fordert...“

Die Lohnbewegungen im Reiche.

Abbruch der zentralen Verhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Die Verhandlungen des Tarifausschusses am 19. und 20. September in Berlin sind ergebnislos abgebrochen worden, weil die Unternehmer jedes Entgegenkommen schroff ablehnten. Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen, auf die ein großer Teil der Gehilfen seit Monaten große Hoffnungen gesetzt hatte, ist ein gewaltiger Kampf im deutschen Buchdruckgewerbe zu erwarten. Nur im Hinblick auf die jetzt abgebrochenen Tarifauschüsse hatten sich viele Organisationen großer Druckstädte von lokalen Aktionen abhalten lassen. Nach dem vollständigen Bankrott der Tarifgemeinschaft mit dem Unternehmer wird gemeinsame Not alle Gehilfen zum gemeinsamen Handeln zwingen.

60 000 sächsische Metallarbeiter ausgeperrt.

Die als bevorstehend gemeldete Aussperrung in der Dresdener Metallindustrie hat nunmehr eingesetzt. 60 000 Metallarbeiter fliehen auf die Straße.

Streik in den Harburger Zerkfabriken.

Am 15. September sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Zerkfabriken und -werkerei sowie der mechanischen Feininnerei und Feinwerkfabrik von Felten u. Guilleaume und der Werkerei der Thüringischen Zerkfabriken in den Streik getreten. Die Streikenden fordern eine Erhöhung der Stundenlöhne, außerdem Anerkennung des vom Schlichtungsausschuß genehmigten Manteltarifs, den die Unternehmer ablehnen wollen. Der Zerkarbeiterverband hat den Streik gebilligt.

Ablehnung des Kompromisses durch die Bergarbeiter.

In Katernberg (Westfalen) fand eine Delegiertenversammlung der drei umliegenden Schächte statt. Diese nahmen in einer Resolution Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen im Bergbau und lehnt die darin getroffene Lohnregelung ab. Sie verlangt die restlose Durchsetzung der von den Verbandsführern selbst aufgestellten Forderungen. Zum Schluß wird gesagt: „Lehnen die Bürokraten die Erfüllung dieser an sie gerichteten Aufforderung ab, so werden die Bergarbeiter aus sich heraus ihre Kräfte sammeln, sich in Fabrikkomitees organisieren und selbständig den Kampf mit allen Mitteln aufnehmen und mit aller Konsequenz durchführen.“

Die Zimmerer der Zahlstelle Chemnitz lehnten die Lohnzulage vom 1. Oktober, wie sie zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereinbart und den Parteien zur Annahme empfohlen wurde, als ungenügend ab. Ein Kampf ist unmittelbar bevorstehend.

Abgeschlossene Lohnbewegungen. Eine Versammlung der Römischer Holz- und Metallarbeiter beschäftigte sich mit dem Ergebnis der Lohnbewegung. Die Gewerkschaftsführer erklärten alles getan zu haben, um ein günstiges Ergebnis zu erzielen.

Jeden, mehr war für den Augenblick nicht herauszubekommen.“ Einen ähnlichen Verlauf nahm eine Versammlung der Holz- und Metallarbeiter in Kassel, die auch in einer Lohnbewegung fanden. Die Arbeiter nahmen nachdrücklich die Ergebnisse der Bewegung hin. — Wir glauben es den örtlichen Gewerkschaftsführern gern, daß sie in den einzelnen Teilbewegungen nicht mehr herausbekommen können. Darum ist es ja eben erforderlich, die Lohnbewegungen über größere Gebiete und Berufsgruppen zusammenzufassen, um die durch die zusammengefaßte Macht der Arbeiter das Ergebnis für alle Vorteile günstiger zu gestalten.

Nach wochenlangem Dauer endete der Kampf in der ostpreussischen Sägewerkindustrie, der etwa 120 Betriebe umfaßte, damit daß die an der Bewegung beteiligten Organisationen den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses annehmen, der für die Arbeiter ungünstig lautet. — Auch die Elbinger Bauarbeiter mußten den Schiedspruch am 70 Pf. Stundenlohn annehmen. — Der Streik in der Remeler Schiffswerft wurde durch eine Einigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften beendet. Die nach dem Kampfe erreichte Lohnhöhe liegt zwischen 4,65 und 5,60 Mk. Stundenlohn.

Das Unternehmertum nimmt das 10 Stunden-Gesetz vorweg.

Die Unternehmer können nicht warten, bis die Verlängerung der Arbeitszeit, wie sie in dem bekannten Arbeitszeitgesetz zum Ausdruck kommt, „geschicklich verankert“ ist. Sie nehmen das Gesetz schon vorweg. So wird z. B. berichtet, daß die Aluminiumwerke Singen die Betriebsräte entlassen haben und daß dort nunmehr eine 12-14 stündige Arbeitszeit eingeführt ist. Auch die Frauen müssen jeden Tag mehrere Stunden über Schicht arbeiten.

Wenn es nicht gelingt, einheitlich und entschlossen die Gefahren abzuwehren, die dem deutschen Proletariat drohen, dann werden berartige Zustände für die gesamte deutsche Arbeiterschaft ein Normalzustand werden.

Explosionstatastrophe in der badischen Anilinfabrik.

700 Arbeiter tot und verwundet.

L. U. Karlsruhe, 21. September.

Das Werk Dypa u der Badischen Anilin- und Soda-fabriken ist in die Luft geflogen. Die Zahl der Toten und Verwundeten beläuft sich nach den vorläufigen Feststellungen auf 700. Sämtliche Fenster scheiben in Mannheim und Heidelberg sind zertrümmert. Die Telefonämter von Mannheim und Heidelberg arbeiten nicht mehr.

Handwritten signatures and stamps at the bottom of the page.

müssen es wiederholen, sie trägt die Zeichen des Kompromisses offenkundig zur Schau, und das ist geeignet, Mißtrauen nicht nur bei uns, sondern bei der gesamten Arbeiterschaft zu erregen.

Dieses „Mißtrauen der gesamten Arbeiterschaft“, von dem hier die „Freiheit“ schreibt, werden die jetzigen Führer des Verbandes voraussichtlich recht bald zu spüren bekommen. Denn letzten Endes wird die Richtung und Taktik eines Verbandes nicht endgültig auf dem Verbandstag, sondern durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten entschieden. Unbestritten blieb es auf dem Verbandstag, daß der Reallohn dauernd im Sinken ist, daß der beispiellosen Verelendung der Arbeiterklasse eine ungeheure Vermehrung der Unternehmerprofite gegenübersteht. Aber Dismann und die Verbandstagsmehrheit blieben die Antwort auf die Frage der kommunistischen Redner, in welcher Weise sie eigentlich den Kampf gegenüber dem übermächtigen Kapital zu führen gedenken, schuldig. Sie mußten die Antwort schuldig bleiben, weil sie bei ehrlicher Antwort hätten ausprechen müssen, daß ihre Politik seit der Revolution eine vollkommen verkehrte war, weil sie dann hätten zugeben müssen, daß die Kommunisten recht gehabt haben, auch wenn sie keine so „erprobte“ Gewerkschaftler sind. Sie haben das nicht getan, sondern im Gegenteil, die ungewohnten kommunistischen Mahner aus dem Verband ausgeschlossen und, soweit noch Kommunisten im Vorstand waren, hinausgewählt.

Doch den Unabhängigen und den Rechtssozialisten scheint bei alledem nicht recht wohl gewesen zu sein. Denn immer und immer wieder kamen ihre Mahnungen zur Einigkeit, die die Arbeiterschaft angesichts der drohenden Kämpfe nötiger denn je hätte. Sie fürchteten offenbar, daß die Arbeiter durch die wirtschaftliche Not gezwungen werden, einen Weg zu gehen, dessen Linien hier auf dem Verbandstag nicht vorgezeichnet wurden und es schien ihnen daher ratsam, die Provokation durch die Bestätigung der Kommunismusausschlüsse etwas herabzumildern.

Die kommunistische Fraktion, die auf dem Verbandstag nur ein Siebentel der Delegierten darstellte, zeigte durch ihr Auftreten, daß ihre Anhängerschaft weit größer ist, als durch die Zahl ihrer Mandate zum Ausdruck kam. Sie erlangte sich nicht nur die Aufmerksamkeit der ausländischen Gäste, was Jags Schlusßrede bewies, sondern war die einzige Fraktion, die mit Recht zielbewußt und siegesicher in die Zukunft blicken konnte.

Politische Uebersicht. Die Lage in Bayern.

Die Bayerische Volkspartei will den Pakt mit der Reichsregierung.

(ZU.) München, 21. September.

Wie die „Telegraphen-Union“ hört, hat die Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei gestern abend einstimmig den Abgeordneten Dr. Zahnbrecher aus der Fraktion ausgeschlossen. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt in heftigen Angriffen, welche Dr. Zahnbrecher im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten in der Presse seines Wahlkreises gegen die Fraktion, besonders gegen den Abgeordneten Feld, gerichtet hatte, weil die Fraktionsführung angeblich zu nachgiebig gegenüber Berlin gewesen sei.

Die Partei hat sich mit dem Pakt mit der Reichsregierung abgefunden. Sie weiß, daß das System der Kahr-Koch-Böhner, das System des Schutzes der Mordmörder unangenehm bleibt, auch wenn der bayerische Ausnahmezustand formell der Anwendung der Ebertverordnung weicht, die sich gegen die Konterrevolution gerichtet, nun durch die Konterrevolution gegen die Arbeiter praktiziert wird.

Der bevorstehende Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung bürgt der bayerischen Volkspartei für ungehinderten Fortbestand der Münchener Weisgardienherrschaft und sie befreit man, wie der Ausschuß Zahnbrecher zeigt, die Hindernisse in den eigenen Reihen gegen den Pakt von Stahl über Stresemann bis Scheidemann gegen die Arbeiter. Diese Hindernisse regen sich indessen sehr, wie folgende Meldung beweist:

Rutschabstufungen in München?

(ZU.) München, 21. September.

Gestern waren allgemeinen Gerüchte von einem geplanten national-sozialistischen Putsch am heutigen Tage verbreitet. Auch im Landtag wurde in parlamentarischen Kreisen darüber geredet. Die Gerüchte wurden unterjüngt durch die Tatsache, daß außerordentlich aufsehensvolle Flugblätter aus Automaten abgeworfen werden, in denen Regierungsmitglieder und Landtagsparlamentarier in schändlicher Weise beschimpft wurden. Nicht Angehörige der Partei konnten verhaftet werden. Von der zuständigen Behörde sind entsprechende Sicherheitsmaßnahmen gegen etwaige Ausbrüche getroffen worden.

Hierzu schreiben die „Münchener Nachrichten“, es sei ein unbedeutendes Gerücht, in dieser kritischen Stunde werde eine weitere Erregung unter der Bevölkerung zu tragen. Das war zwar alle Kritik einträglich vor Aufbruchzeiten, mit dem Ziel ihrem Ziel einen Putsch zu vermeiden, dem Lande und dem Reich aber den schmerzlichen Schaden zufügen könnte. Man darf diese Dinge nicht ernst nehmen, als es die bayerische Konterrevolution selber tut, die durch den Ausschluß Zahnbrecher aus der bayerischen Volkspartei beweist, daß sie die Demonstration der Parteiführer selbst nicht mehr traglich nimmt.

Die Herren lächeln sich ihrer Sache sicher und sie können das, solange nicht noch des Uebertrages der SPD, auf die Seite des Tages die Arbeiter sich zum einheitlichen Kampfbündel zusammengeschlossen haben.

SPD-Arbeiter für die revolutionäre Einheitsfront.

Und geht nachdrücklich Resolution zu, die in diesen Tagen in einer öffentlichen Versammlung in Frankfurt von SPD- und KPD-Arbeitern einstimmig angenommen wurde:

1. Der heute in Frankfurt (Kreis Lehn) versammelte Arbeiter der SPD und KPD legen hiermit den jüngsten Kampf gegen die fortschreitende parlamentarische der revolutionären Parteien und fordern von der Regierung sofortige wichtige Maßnahmen und Befreiung der Soldaten. In diesem Kampf wird verlangt, daß die in der Regierung stehenden Sozialdemokraten die 19 Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sofort durchzuführen, auszuführen und verlangen, daß die Mitglieder und der Regierung auszuscheiden haben und die Bildung einer Regierung aus den drei Volksparteien, Reichsbannerpartei, Unabhängigen und Kommunisten sofort in die Wege leiten.

2. Wir fordern sofortige Beschlüsse, die die hohe Verantwortung der notwendigen Lebensmittel wie Brot usw. sofort dahin geteilt wird, daß der Lohn die Erhaltung der Lebensmittelpartei erreicht, und eine Sicherung des Sperr-

minimums gewährleistet wird, da sonst unausbleiblich die Arbeitermassen dem Hungertode preisgegeben sind.

3. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und Inhaftierten.

geg. Schmelzer (SPD.) geg. Schüler (SPD.)
So wie die sozialdemokratischen Arbeiter in Lebus, müssen die Arbeiter der SPD überall handeln. Nicht den Weg der Parteibürokraten von Görlich, den Weg zur Verbrüderung mit Stinnes, gilt es zu beschreiten. Nur in der revolutionären Einheitsfront, im rücksichtslosen Klassenkampf gegen den kapitalistischen Staat können die Arbeiter und Angestellten ihre Lage verbessern.

Die schließliche SPD. gegen die Weisgardisten.

Die schließliche SPD. veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt:

„Frecher als je erhebt die Reaktion in Schlesien ihr Haupt. Blutige Saat droht in unserer engeren Heimat aufzugehen; höchste Zeit ist es, daß die Arbeiterschaft mit aller ihrer Energie und allen ihren Mitteln den Krebsknoten beseitigt, den die offen zum Schlag gegen die Republik gerichteten Arbeitsgemeinschaften bilden.“

Täglich kommt die Kunde von neuen Waffentransporten, die den Reaktionsären in die Hände geliefert werden. Nirgends vernehmen wir von einem entschiedenen Vorgehen der beherrschenden Organe gegenüber den unerhörten Vorgängen, die tagtäglich berichtet werden.

Einer der größten Schablinge, einer der Führer der Vie-lauer Mörderclique, der Verbrecher Dr. Arnold Ruge, wird vom Breslauer Oberstaatsanwalt unmittelbar nach seiner Festnahme wieder freigelassen und verschwindet auf Nimmerwiedersehen.

Unsere Geduld ist zu Ende!
Wir fordern eine Ergänzung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August, die ein sofortiges Vorgehen

Zum Monatswechsel

muß jeder aktive Genosse unbedingt sein Abonnement schon am 25. dieses Monats erneuern und wenigstens einen Abonnenten gewinnen.

1

Tausend gewonnen!

gegen die Arbeitsgemeinschaften und deren reißlose Auflösung ermöglicht.“

Die rechtssozialistischen Arbeiter fordern von der Reichsregierung Schutz gegen die weißen Nordbarden. Währenddessen steht die Reichsregierung mit Kahr-Bayern und die SPD. mit Stinnes vor dem Abfälligkeit.

Die rechtssozialistischen Arbeiter, deren Geduld zu Ende ist, können dem nicht zusehen, sie müssen die Schaffung eines geschlossenen proletarischen Kampfbündels gegen die Konterrevolution in die Hand nehmen.

So sind die Forderungen, deren Durchführung man jederzeit dem geeinten gegen Kapp kämpfenden Proletariat versprochen hat? Wo ist die Reinigung der Reichswehr, der Polizei, der Bekleidung? Wo der republikanische Schutz durch Ortswehren aus Arbeitern?

Nur das geeinte Proletariat kann die Durchführung der Beschlüsse erzwingen und den notwendigen Schutz gegen die Weisgardisten schaffen.

Der Parteitag der SPD.

Berlin, 20. September.

Zum Bericht des Parteivorstandes liegt die bereits bekanntgegebene, von diejen, der Kontrollkommission und dem Parteivorstand unterzeichnete Resolution vor zur Bereitschaft der SPD. zu einer Regierungskoalition mit solchen Parteien, mit denen eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist.

In dieser Resolution liegt ein Zusatzantrag der Linken vor, der ein Zusammengehen der SPD. mit der Deutschen Volkspartei ablehnt, weil diese nicht die zu einer Koalition notwendigen Garantien biete. Andere Zusatzanträge betreffen noch die Entlassung aller monarchistischen Offiziere bei dem Zutritt der neuen Regierung und die Entlassung der Soldaten als Regierungsprogramm.

Der Beginn der Verhandlungen brachte noch klarer als der geistige Verhandlungsstand zum Ausdruck, daß die Resolution des Parteivorstandes nichts anderes bezieht als die Fortsetzung des Beschlusses vom August, um die SPD. in die Arme der Deutschen Volkspartei zu führen zu können. Die gestern schon Krüger, gab heute Hermann Müller noch zu wissen, daß die Deutsche Volkspartei gar nicht zu wählen sei, besonders nicht aus der guten Hoffnung von Stinnes aus Herzen zu liegen. Er erklärte, daß Stinnes bei Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft sich durchaus einigsetzliche Bemerkungen hätte, wie es überhaupt politische einseitige, ungeschickliche Geben. Im übrigen polemisierte Krüger gegen die SPD. Er forderte dazu auf, die Kandidaten aus der Zeit vor der Revolution nicht einfach zu verwerfen. Zwar gibt Müller zu, daß die Arbeiter alles fast genug sind, um die Republik zu befreieren, aber daß das eine „Gefahr“ ist, nicht Müller mit dem Hinweis auf die Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch zu bezeichnen. Er fürchtet, daß die Arbeiter in der Bekämpfung der Republik weiter gehen, als es seinen demokratischen Herzen lieb ist.

Auch Krüger brachte diesen Standpunkt Oswald Bernheim zum Ausdruck. Er wird darauf hin, daß die SPD. nicht nur nicht in die provisorische Regierung trete, sondern auch der Reichsregierung fernbleibe, wenn sie weiterhin die Koalition

mit der Deutschen Volkspartei ablehne, und das würde die Einwirkung der Arbeiterschaft zur Republik verändern und zu einer gewaltigen Verschärfung der Gegensätze führen.

Die Einigung mit der USF., meinte Bernheim, werde unmöglich sein, wenn die USF. nicht das tut, was ihre einschichtigen Köpfe bereits erstreben, wenn sie nicht zusammen mit der SPD. in eine bürgerliche Regierung hineingeht. Die Diskussion brachte noch eine Verdrängung der „Chemiker Richtung“ durch einen Chemiker Delegierten, der aber den Standpunkt der Linken gar nicht klar vertrat.

Nachmittagsitzung.

Mit großer Mehrheit — mit 290 gegen 67 Stimmen — wurde zu Beginn der Nachmittagsitzung in namentlicher Abstimmung

die Resolution der Parteileitung zur Regierungsfrage angenommen. Nach einer vorübergehenden Vereinbarung entschied diese Abstimmung gleichzeitig über das Geschick der Zusatz- und Abänderungsanträge. Diese Regel veranlaßte eine große Anzahl Delegierte, die nach ihrer Haltung während der Diskussion zweifellos einigen dieser Anträgen zugestimmt hätten, die Entscheidung der Parteileitung in unveränderter Form anzunehmen. Die Gegnerfrage gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ist zweifellos nicht nur im Verhältnis bei den rechtssozialistischen Mitgliedern, sondern auch auf dem Parteitag selbst bedeutend größer, als das aus dem Ergebnis dieser Abstimmung hervorgeht. Eine Veränderung in der Resolution der Parteileitung wurde noch auf Wunsch des Referenten vorgenommen. Die Programmforderungen, die früher Grundforderungen hießen, werden jetzt als Mindestforderungen bezeichnet.

Auch die zahlreichsten

Anträge zur Einigungsfrage

erlebten das gleiche Schicksal wie die Anträge zur Frage der Regierungsbildung. Sie fielen weg durch die mit großer Mehrheit erfolgte Annahme einer Resolution-Sans Vogel, Nürnberg. Diese Resolution lautet in ihren entscheidenden Stellen:

„Der Parteitag begrüßt alle Zeichen einer Wiedernäherung der durch den Streit getrennten Richtungen ebenso, wie er die Treibereien kommunistischer Gewalttaten gegen die Einigkeit als Verbrechen an der Arbeiterschaft verurteilt. Solange sich die organisatorische Wiedervereinigung, die nur durch Vereinbarungen der zentralen Instanzen erfolgen kann, für sich nicht durchführbar erweist, muß die Sozialdemokratische Partei ihre volle tatsächliche und organisatorische Selbständigkeit wahren. In einer Stärkung liegt die beste Gewähr für die Erhaltung des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.“

Ferner wurde ein Antrag angenommen, der den Parteigenossen das Schreiben über Parteifragen in bürgerlichen Blättern verbietet. Auch wurde beschlossen, an die Regierung das Ersuchen zu richten, die Ebertverordnung auf die Freikorps und die Arbeitsgemeinschaften auszudehnen. Einstimmig angenommen wurde ein Protest gegen die „Bergewaltigung“ Georgiens und gegen das Horthy-Regime.

Aus der Vormittagsdebatte ist noch eine sehr eindrucksvolle Rede des Göttinger Schiller zu erwähnen, der an den Parteitag appellierte, auf die Stimmung der eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnenden Masse Rücksicht zu nehmen und die Notwendigkeit diktatorischer Maßnahmen im Falle eines Rechtsputches darlegte. Gegen ihn polemisierte Krüger und Otto Braun, der noch weitere „Argumente“ für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu bringen suchte. Otto Braun prägte das charakteristische Wort: „Es gelte die Umstellung der Sozialdemokratie aus einer agitierenden zu einer regierenden Partei.“ Ein Einwand, den die Fürsprecher der Parteitagresolution immer wieder den Linken machten, war, daß sie für die Koalition mit Zentrum und Demokraten seien, die ebenso oder nicht viel schlimmer seien als die Deutsche Volkspartei. Kein Linker wußte auf diesen Einwand etwas zu begegnen.

In seinem Schlußwort wandte sich Krüger noch einmal mit großer Schärfe gegen die Frankfurter und Chemnitzer. Den Brief Nabels, der von „Zutreibern“ der SPD. in den Reihen der USF. spricht, zitierte, fragte Krüger, ob die Frankfurter und Chemnitzer immer noch Luft hätten, Freunde der Kommunisten zu werden. Zur Regierungsfrage erklärte Krüger, es sei völlig ausgeschlossen, mit der Deutschen Volkspartei vom Mai zusammen zu regieren. Der Deutschen Volkspartei vom September gegenüber fordert Krüger inoffiziell die Ablehnung von der Schlagwortpolitik. Zur Verteidigung der Chemnitzer erklärte er in einer persönlichen Bemerkung Loserit, die Chemnitzer Kommunisten hätten bei gemeinsamen Aktionen stets ihre Verpflichtungen loyal eingehalten.

In dem Bericht der Reichstagsfraktion,

den am Nachmittag im Anschluß an die Abstimmung noch erflattet, kündigte er an, daß trotz des Parteitagbeschlusses der Parteileitung der SPD. auf ihrem Wege zur Deutschen Volkspartei noch erhebliche Hindernisse durch die rechtssozialistischen Arbeiter bereitet werden dürften. Hochs Bericht war im Grunde eine scharfe Polemik gegen den wenige Minuten vorher gefassten Beschluß. Der Auffassung, daß die SPD. in den nächsten Jahren auf Koalitionspolitik angewiesen sein würde, hielt Hoch entgegen, daß vielleicht schon in den nächsten Monaten jede Koalition unmöglich werden würde, da alles zusammenbrechen würde, wenn die Dinge so weiter liefen als bisher. Die Rut und die Einwirkung der Massen würde im kommenden Winter durch die gesteigerte Not und die gleichzeitig sich steigende Ausbeutung ins Unerreichte wachsen, wenn man auf dem Wege der bisherigen Koalition eine Lösung versuche. Alle Bestrebungen, in der Sozialisierungsfrage vorwärts zu kommen, seien im vergangenen Jahre und zwar regelmäßig unter Führung gerade der deutschen Volkspartei zurückgeworfen worden. Jetzt müsse man befrüchten, daß in der Zukunftsgebung wieder das Gleiche geschehe und alle Lasten auf das arbeitende Volk abgewälzt würden. Die einzige Möglichkeit, die Steuerabwälzung zu verhindern, sei die Kapitalbeschneidung des Staates, die mit vollem Rechte von den Bürgern als Aufgabe der Sozialisierung bezeichnet würde, denn man könne gar nicht anders, als nach diesem ersten Schritt die Sozialisierung der Bergwerke zu erkämpfen. Um der Devisen-Deflation, deren katastrophale Wirkungen hoch eindrucksvoll sichtbar zu sein, fordert er Maßnahmen zur Sozialisierung des Bankwesens. Von dem anwesenden Innenminister Grabaner persönlich verlangt Hoch eine Kennerung, was die Regierung gegen die Devisen-Deflation und für die endliche Einbringung des Kommunalisierungsgesetzes zu tun gedenke. Die SPD. sei in die Regierung gegangen und dort geblieben, um für die Erfüllung des Ultimatums zu sorgen.

Die Steuerfrage sei entscheidend,

ob dies noch weiter möglich sei. Wenn die Volkspartei den Akt abschneiden wolle, auf dem sie selber liegt, so sei auch er dafür, nicht hier gemeinsam zu regieren. Aber er glaube das nicht und er glaube auch, daß an der Steuerfrage die Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten in die Knicke gehen würden. Für diesen Fall sei die Reichstagsauflösung in Erwägung gezogen. Aber auch sie sei keine endgültige Lösung und hätte nur dann einen Sinn, wenn bei Neuwahlen die Schwierigkeiten durch eine gewaltige Stärkung der SPD. beseitigt werden können. Mit der bisherigen Koalitionspolitik indessen ließe sich nichts erreichen.

Neue Wege sind notwendig!

Sodann ermahnte Georg Schmidt einen ziemlich inhaltlossten Referat über die Steuerungsfrage.

Der Verbandstag der Metallarbeiter in Jena.

Jena, 18. September.

Dihmann bleibt! Das ist das, am Anfang kaum zu erwartende Ergebnis einer arbeitsreichen Tagung. Geseft hat aber nicht Dihmann, sondern seine Geuer von ehemals, moralisch, nicht nur zahlenmäßig haben die Rechtssozialisten, die Vertreter der Metallarbeiter, über Dihmann gestimmt. Von dem in Stuttgart so wortreichen Dihmann, der den Verband auf eine ganz neue Grundlage stellen wollte, der ihn ganz im revolutionären Sinne führen wollte, ist in Jena nichts mehr übrig geblieben.

Diese Tatsache ist nicht nur eine Personenfrage, sondern sie bedeutet den Abbruch einer Epoche in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.

In der heutigen Schlußsitzung klappte die Regie vorzüglich. Nachdem man die widerspenstigen Delegierten der SPD. in stundenlangen Fraktionsitzungen breitgedroschen hatte, ging alles wie am Schnürchen. Den Preis der Einigung mußten die Kommunisten bezahlen. Die Rechtssozialisten, die sich lange Zeit sträubten, stimmten zum Schluß, aller Logik und allen Leistungen zum Trotz, für die Ausschüsse der Kommunisten. Das neben den 114 anwesenden Kommunisten immer noch annähernd hundert Delegierte gegen die Ausschüsse stimmten, beweist, daß die Schieberereien nicht bei allen Erfolg hatten. Im übrigen wurde aber an den gegenseitigen Abmachungen streng festgehalten.

Die U.S.P.-Delegierten brachten es sogar fertig, indirekt für die Arbeitsgemeinschaft zu stimmen, indem sie unseren Zusatzantrag zu der Einheitsresolution ablehnten.

Mehr konnte die SPD. wirklich nicht verlangen. Das Ergebnis der Einigung zeigt, daß es sich bei den streitenden Brüdern beider Amsterdamer Richtungen nicht mehr um prinzipielle Gegensätze, sondern lediglich um Postenjägerie handelt. Man hat nämlich einfach die Säge im Vorstand und in der Redaktion um die von der SPD. geforderten Posten verkehrt. Zu den beiden unabhängigen Vorsitzenden kommt außer dem Rechtssozialisten Reichel noch der Rechtssozialist Eggert hinzu. Bei dem gegenwärtigen Loben der Reaktion gegen die gesamte Arbeiterklasse wird es die Metallarbeiter interessieren, wo sich der neugewählte Vorsitzende die Qualifikation zu seinem Posten erworben hat. Dieser Eggert, früher einmal 1/2 Jahren der Presschef des reaktionären Zentralratspräsidenten Graf in Württemberg, eines wütenden Orgeschmannes a la Fahr und Scherich. Eggert hat sich in dieser Eigenschaft die volle Zustimmung seines Vorgesetzten erworben.

Der Verbandstag endete mit einer Mahnung zur proletarischen Einigung. Die Kommunisten haben während der Tagung wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie die proletarische Einigung jederzeit anstreben und fordern, aber sie darf nicht auf Klassenharmonie, sondern auf Klassenkampf beruhen. Die zukünftige Stimmung der kommunistischen Delegierten kam unter den Klängen der Internationale zum Ausdruck, die am Schluß durch den Saal brauseten.

7. Verhandlungstag. (Sonntag.)

Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Bödel eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr und erteilt dem Vorsitzenden der Beschwerdekommission, Schulz-Bremen, das Wort zu seinem Bericht über die Kommunistenausschüsse.

Dieser führte aus: Die Kommission hatte sich zunächst zu entscheiden, ob der Vorstand und Beirat zu ihrem bekannten gegen die „kommunistische Fortschrittspolitik“ gerichteten Beschluß berechtigt waren. Die Frage wurde mit 16 gegen 2 Stimmen bejaht, denn der Vorstand war dazu nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet.

Der Ausschuss war weiter der Auffassung, daß die kommunistische Reichskonferenz der Metallarbeiter und ihre Auswirkungen im höchsten Grade verbandsschädigend waren. Insbesondere kommt das für das von Richard Müller gehaltene Referat in Frage.

Wenn die Kommission nicht jeden der in Frage kommenden 17 Fälle einzeln behandelt hat, so deshalb, weil allen das gleiche Vergehen zugrunde liegt und es sich daher um eine prinzipielle Entscheidung handelt. Die Beschwerdekommission konnte sich der Argumentation des Verbandsausschusses, der bekanntlich die Entscheidungen des Vorstandes nicht in Frage, nicht anschließen. Die Kommission beantragt daher mit 13 gegen 5 Stimmen, sich den Entscheidungen des Vorstandes anzuschließen und die Ausschüsse als zu Recht bestehend zu betrachten.

Genosse Raitzahn, dem auf Antrag der kommunistischen Fraktion eine verlängerte Redezeit gewährt wird, vertritt die Auffassung der Minderheit in der Kommission. Er stellt zunächst fest, daß die Einmütigkeit in der Kommission nicht so groß war, als aus dem Bericht des Kollegen Schulz entnommen

werden kann. So wurde mit 9 gegen 9 Stimmen die Einzelbehandlung eines jeden Falles abgelehnt. Sogar dem Kollegen Handtke vom Hauptvorstand wäre die summarische Behandlung zu weit gegangen.

Der Redner geht dann auf einige Fälle näher ein. So hätte der Untersuchungsausschuss gegen den Kollegen Wastigkei in Berlin wie auch der Untersuchungsausschuss in Chemnitz gegen den Kollegen Kühn nur auf eine Klage erkannt. Der Hauptvorstand hätte sich darum nicht gekümmert und einfach den Ausschluß verfügt. In anderen Fällen hätte er bei einem ihm unangenehmen Urteil eine neue Untersuchungskommission ernannt. Daraus gehe hervor, daß

der Vorstand ohne Rücksicht auf das Untersuchungsergebnis unter allen Umständen den Ausschluß der Kommunisten durchsetzen wollte.

Wenn der Vorstand hier erklärt, daß er gegen die Konferenzteilnehmer, die ihren „Frieden“ einziehen und etwas derartiges nicht mehr machen wollen, die Ausschlußanträge zurückziehe resp. zurückgezogen habe, so stelle ich hiermit fest, daß eine derartige Behandlung der Sache nichts mehr mit einer objektiven Rechtspredung gemein hat. (Sehr richtig!)

Bekanntlich hat der Verbandsausschuss die Entscheidungen des Vorstandes vor allen Dingen deshalb nicht gutgeheißen, weil nachweislich andere Parteirichtungen, die dem bisherigen Vorstand sehr nahe stehen, innerhalb des Verbandes schon früher ähnliche Konferenzen abgehalten haben, ohne daß von irgend einer Seite darin ein verbandsschädigendes Verbrechen gesehen wurde. Ich stelle fest, daß die Mehrheit in der Beschwerdekommission diese Tatsache nicht widerlegen konnte.

Kollegen, wenn Ihr trotzdem dem Antrag der Beschwerdekommission zustimmt, dann beweist Ihr damit, daß alle die hier gehaltenen Reden von Einigkeit und Einheitsfront eine Heuchelei und ein unehrliches Spiel waren. Wir erziehen daher um Ablehnung des Kommissionsbeschlusses.

Sichert (SPD), Vorstandsmitglied: Als Vertreter der Minderheit im Vorstand habe ich in der Verabschiedung vom 14. Januar schon vor der Schlußsitzung und den schimmigen Folgen des damaligen Beschlusses gewarnt. Und ich stelle hier fest, daß sich auch der Kollege Haas-Röln in schärfer Weise dagegen wandte. Er nannte damals den Beschluß ein Ausnahmeverfahren gegen eine bestimmte Geistesrichtung im Verband. Mit welcher Leichtfertigkeit der Vorstand über die ganze Angelegenheit urteilt, geht daraus hervor, daß er die Entscheidung des Verbandsausschusses ohne nochmalige Durchsicht der Akten in einer halben Stunde erledigte.

Landgraf-Bremerhaven hält den Ausschluß des Kommunisten Schorch für berechtigt, weil dieser trotz Warnung die Konferenz besucht habe.

Handtke (Vorstandsmitglied): Der Vorstand hat die Entscheidung des Ausschusses deshalb so rasch erledigt, weil die Akten schon auf dem Wege nach Jena waren. (Dann hätte er überhaupt nicht darüber entscheiden dürfen). Der Kollege Wastigkei-Berlin mußte deshalb ausgeschlossen werden, weil von ihm keine Erklärung vorlag, in der er seinen Irrtum zugegeben hätte. (Also nicht aufrechte Männer, sonder Einmütigen will der Vorstand haben. D. Berichterst.) Im Interesse des Verbandes erlaube ich, die Anträge der Beschwerdekommission gutzuheißen.

Schulz ging in seinem Schlußwort fast gar nicht auf die konkreten Fragen, die unmittelbar im Zusammenhang mit den Ausschüssen stehen, ein, sondern polemisierte in gehäufiger Form durch Vortragen der bekannten Lügen gegen die Kommunisten. Er ließ sich darin auch durch die wiederholten Ausrufe: „Zur Sache! nicht hören.“ Er schloß mit den Worten: Wir müssen mit aller Rücksichtlosigkeit gegen die „Gewerkschaftsgegner“ vorgehen.

Es folgt nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Art der Abstimmung. Als die von unseren Genossen beantragte Einzelabstimmung über jeden Fall abgelehnt wurde, beantragte Genosse Wacher im Namen der kommunistischen Fraktion namentliche Abstimmung über die Ausschlußanträge.

Es erfolgt nun die Beratung und Abstimmung über die von der SPD. und U.S.P. gemeinsam ausgearbeitete Einheits-Resolution.

Die vom Verbandstag am Sonntag, den 18. September, angenommene Entschließung, die von der SPD.- und U.S.P.-Fraktion gemeinsam eingereicht war, lautet:

Entschließung des Verbandstages des DMB.

Die Entwicklung seit dem letzten Verbandstag in Stuttgart ist gekennzeichnet durch immer schärfer auftretende Wirtschaftskrisen: die durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufene Störung der ganzen Wirtschaft lastet in voller Schwere auf der breiten Volkswirtschaft. Die kapitalistischen Friedensverträge und enge Weltwirtschaft der Weltwirtschaft bewirkte den Zusammenbruch und die Wirtschaftskrise der

besiegten Mittelmächte und wuchs sich zur Weltwirtschaftskrise aus.

Der deutsche Kapitalismus hat es verstanden, dieses Wirtschaftselend für seinen Vorteil auszunützen. Infolge des tiefen Standes des deutschen Geldes fand eine Verschleuderung deutscher Waren nach dem Auslande statt. Wiesen-geminn wurden dadurch erzielt, während sich im Inlande durch die zwangsläufige Ausschaltung der Auslands-funktion eine ungehemmte Preisbilligkeit entfalten konnte.

Die Folgen sind: Wachsener Prolet trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der beschloßenen Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verschlimmert sich fortgesetzt. Die Versuche zu seiner Besserung haben sich alle als zwecklos erwiesen. Die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Übel zu heilen. Sie ruft wohl solche Krisen hervor, vermag sie aber nicht zu beseitigen.

Die Lösung der Weltkrise ist nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft möglich. Nur diese verbürgt äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Warenaustausch, sowie die Befreiung und Wohlfahrt der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitlich und wohlorganisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf selbstgestiftete Gewerkschaften stützt, die getragen sind vom Geiste der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und in innigem Einlang mit den sozialistischen Klassengenossen aller Länder, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale handeln.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist berufen, an der Erringung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragend mitzuarbeiten. Um diese Mitwirkung zu einer erfolgreichen zu gestalten und um den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre verheerenden Folgen bewußt und nachdrücklich zu führen, erklärt der Verbandstag der Deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Gesinnung, die das Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Weisung von Stellen ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Aufriktion der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirates heißt der Verbandstag gut.

Weiter erklärt der Verbandstag für unerlässlich:

1. Den organisatorischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter;
2. die Ausnützung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter;
3. die Sicherung eines Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Teuerung aushebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet;
4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder auskömmliche Unterstüfung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Weltkrieges;
5. ein wohlausgebautes System von Betriebs- und Wirtschaftsräten, das der Entfaltung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozeß bis zur Erreichung der Gemeinwirtschaft keine Schranken setzt;
6. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinschaftlichen Aufgaben zu befähigen;
7. Beseitigung der Klassenjustiz, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Umgestaltung des Privatrechts in ein Sozialrecht, das die Beteiligung der Volksgemeinschaft an dem Ertragnis wirtschaftlicher Unternehmungen festlegt.

Haus, Haas, Röln, Nummer, Reichel, Busse, Fenske, Wastigkei, Guck Haas, Danabrad, Ulrich, Reichgraber, Kronshagen, Ziska, Kleuer.

Genosse Wacher begründet dazu folgende Änderungsanträge:

Änderungsanträge der SPD.

Die SPD-Fraktion beantragt, den Absatz 4 der Entschließung zu streichen und dafür folgendes zu setzen:

Die Lösung der Weltkrise bedeutet den Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. Dieses Ziel ist nur durch den rücksichtslosen Klassenkampf, durch die Eröberung der politischen Macht und durch die zeitweilige Ausübung der proletarischen Diktatur erreichbar.

Ferner in Absatz 5 den Schlußsatz zu streichen.

Im Absatz 6 Ziffer 2 hinzuzufügen:
Unter Ablehnung einer Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften.

Dihmann: Auch wir halten die Resolution nicht in allen Teilen für einwandfrei. Es kommt aber auf den Kern der Sache an. Was die Kommunisten durch ihre Änderungsanträge wollen, ist ein durchschlagendes Mandat. Wenn daher der Verbandstag diese ablehnt, insbesondere den zu Absatz 6 beantragten Zusatz, dann kann man nachher im Land draußen nicht behaupten, wir hätten für die Arbeitsgemeinschaft gestimmt. (Zwischenruf: Aber Ihr habt nicht mehr den Mut, dagegen zu stimmen.)

Auf Antrag der Kommunisten wird über die Änderungsanträge namentlich abgestimmt, um die Namen speziell der U.S.P.-Delegierten kennen zu lernen, die für Ablehnung eines derartigen Antrages stimmen.

Erneuter Bericht der Rechnungs-Kommission.

Nach dem Vorschlag der Rechnungs-Kommission wird dem ehemaligen Redakteur Scherm, der auf der Stuttgarter Generalversammlung den Auftrag erhielt, die Geschichte des Verbandes zu schreiben, ein Gehalt in der Höhe von 75 Prozent des jeweiligen Redakteurgehältes der „Metallarbeiter-Zeitung“ zugewilligt.

Der in der gestrigen Sitzung zurückverwiesene Entwurf einer neuen Gehaltsregelung wird in der jetzigen Kommissionsfassung angenommen. Demnach werden die Angestellten des Verbandes unter zwei Gehaltsstufen entlohnt, eine für die Angestellten des Hauptbüros und eine für die Angestellten in den Ortsvertretungen.

Die Gehälter auf dem Hauptbüro sind in fünf Klassen eingeteilt und differieren zwischen 2000 und 3100 Mark pro Monat.

Für die Angestellten der Verwaltungsstellen sind zwei Klassen vorgesehen. Die Höhe des Gehalts schwankt zwischen 1800 und 2700 Mark pro Monat.

Die neuen Sätze gelten ab 1. September d. J. Nach kurzer Debatte wurde als nächster Tagungsort Cassel bestimmt.

Vor Eintritt in die Mittagspause teilt der Vorsitzende das Ergebnis der namentlichen Abstimmung.

mit. Demnach wurde gemäß dem Vorschlag der Beschwerdekommission der Ausschluß der Kommunisten mit 224 gegen 209 Stimmen gutgeheißen.

Der Zusatzantrag der Kommunisten: Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft wurde mit 619 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

(Fortsetzung folgt.)

Die vier Tage des Jean Gourdon.

Von Emile Zola.

11) Marie hochte immer noch auf meinen Schultern.

„Rama, Rama,“ rief sie, „sieh mal, ich steife Pferdchen.“ Babet kam und lächelte. Ach, meine arme Babet, wie alt waren wir geworden! Ich erinnere mich, daß wir alten Leute an jenem Tage froren und uns müde und traurig anfasen, als wir allein waren. Unsere Kinder gaben uns unsere Jugend wieder.

Beim Frühstück war es still. Wir mußten die Lampe anzünden. Das rötliche Licht im Zimmer war zum Sterben traurig.

„Ach was,“ jagte Jacques, „besser dieser warme Regen als harter Frost, der unsere Olivenbäume und unsere Weinstöcke erstieren ließ.“

Und er versuchte, zu scherzen. Aber, wie wir, war er unruhig, ohne zu wissen, warum. Babet hatte schlecht geträumt. Wir hörten ihr zu, wie sie davon erzählte, und lachten mit den Lippen, im Herzen aber waren wir blass.

„Das Wetter liegt uns so schwer auf der Seele“, jagte ich, „um uns alle zu beruhigen.“

„Ja, ja, das Wetter,“ meinte auch Jacques, „ich will etwas Reibliches nachlegen.“

Ein fröhliches Feuer warf breite Lichttücher an die Wände. Das Holz brannte lustig und glühte rot. Wir batten uns vor den Kamin gesetzt; draußen die Luft war milde, aber im Innern des Hauses saß von den Wänden eine feuchte Feuchtigkeit nieder. Babet hatte die kleine Marie auf ihren Schoß genommen: sie schwappte leise mit ihr und lachte über das Geplauder des Kindes.

„Kommst du mit, Vater?“ meinte Jacques. „Wir wollen durch die Keller und die Speicher gehen.“

Ich ging mit ihm hinaus. Seit einigen Jahren wurden die Ernten schlecht. Wir hatten große Verluste gehabt: unsere Weinstöcke und unsere Bäume hatten durch den Frost gelitten; der Hagel hatte Weizen und Hafer vernichtet. Und ich sagte zuweilen, ich würde alt, und das Glück sei ein Frauenzimmer und liebe die Alten nicht. Dann lachte Jacques und antwortete mir, daß er jung und werde dem Glück schon tüchtig den Hof machen.

7. Verhandlungstag. (Sonntag.) Schlußsitzung.

Vorj Bödel eröffnet eine Stunde später als vereinbart — die SPD-Fraktion kann offenbar in ihrer Sitzung schwer eine Einkimmigkeit erzielen — um 3 1/2 Uhr die Sitzung. Er verliest folgende

Erklärung der SPD. zur Abstimmung über die Entschliegung.

Zur Abstimmung über die grundsätzliche Entschliegung. Die Fraktionen der SPD. hat gegen die Entschliegung Haas, Adln, Haas-Danabridt gestimmt:

1. weil die Resolution zwar die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage teilweise richtig analysiert, daraus aber falsche und verkehrte Schlusfolgerungen für die weitere Entwicklung und die Aufgaben der Organisation zieht.
2. weil die Generalversammlung durch die Ablehnung unseres Zusatzantrages die Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften ermöglicht hat.
3. weil die Erklärung am Schluß des fünften Abjages die Maßnahmen des Vorstandes gegen die Kommunisten gutheißt, was eine Schädigung der Organisation zur Folge haben muß.

Hierauf teilt Kollege Wech-Stuttgart folgendes mit: Bei der heutigen Abstimmung über die Ausschüsse ist von dem Verbandangestellten Willi Dabler-Altwasser her beachtende Zwischenruf gefallen:

Die Kommunisten müssen nicht nur alle heraus aus dem Verband, sondern ins Zuchthaus gemworfen werden. (Große Erregung.)

Dabler bestritt, diese Äußerung gebraucht zu haben, wird aber durch viele Zwischenrufe sofort widerlegt.

Fortsetzung der Statutenberatung.

Nachdem der mehrtägige Kuhhandel zwischen SPD. und NZP. um die Befegung des Vorstandes und um die Verteilung der Posten mit vieler Mühe zu einem Abschluß gekommen ist, wird die Statutenberatung fortgesetzt. Doch von einer wirklichen Beratung kann nicht mehr gesprochen werden. Die Statutenberatungskommission hat ihre auf allen Tischen gebredt ausliegenden Beschlüsse entsprechend den Abmachungen zwischen den beiden Fraktionen korrigiert und alle Diskussionsrechner können nichts daran ändern, daß sämtliche Statutenänderungen nach den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden.

Der strittige Paragraph 33 erfährt folgende Änderungen: Bisher drei Vorsitzende, jetzt vier. Bisher 21 Vorstandsmitglieder, jetzt 22. Bisher vier Sekretäre, jetzt fünf. Bisher ein Redakteur, jetzt zwei.

Zu dem Antrag, die Verhältniswahl einzuführen, fährt Genosse Maltzahn aus: Die Verhältniswahl ist nicht nur das gerechteste Wahlssystem, sondern es wird damit auch erreicht, daß jede Richtung sich an der Verwaltung betätigt, was nur im Interesse des Verbandes liegen kann. (Zuruf: Das hättest du in Stuttgart sagen sollen.)

Maltzahn: Was dort gesagt werden sollte, das ist von Ditzmann gesagt worden. (Große Heiterkeit.)

Wir haben hier eine widerliche Schiebererei, ein Feilschen und Kuhhandel miteinander müssen, das sicher auch für die Beteiligten alles andere denn angenehm war. Hat doch selbst Haas den Ausdruck getan.

Robert schiebt und Haas zieht.

(Heiterkeit.) Alles das wird durch Einführung der Verhältniswahl aufgehoben. Deshalb erjuchen wir um Annahme des Antrages für die Verhältniswahl.

Kummer (SPD-Mitglied) tritt durch eine sehr logische Beweisführung für das Verhältniswahlsystem ein.

Trotz alledem wird die Verhältniswahl für alle Wahlen im Metallarbeiterverband abgelehnt.

Zu einer kurzen Debatte kam es noch bei dem Antrag, der besagte die Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder nicht mehr wie bisher durch die Kollegen der Verwaltungsstelle Stuttgart, sondern durch die Generalversammlung vorzunehmen. Da die Mehrheit der Kollegen in Stuttgart kommunistisch gesonnen ist, war es klar, daß dieser Antrag auf der Generalversammlung angenommen wurde.

Zu § 34 wurde folgender Zusatz beantragt:

Die Bildung von parteipolitischen Fraktionen oder Jellen (illegal oder legal) innerhalb des Verbandes und dessen Körperschaften, wie Generalversammlungen, Bezirks- und Berufsvereinen, Mitglieder- bzw. Generalversammlungen, Vertrauensmänner- oder Funktionärvereinen der einzelnen Verwaltungsstellen ist wegen der die Organisation lähmenden Wirkung nicht statthaft.

Dieser Antrag hat nicht die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit erreicht und ist daher abgelehnt.

Bei der Gesamtstimmung wird das Statut in der neuen Fassung gegen die Stimmen der kommunistisch gesonnenen Delegierten angenommen.

Das Statut tritt am 1. Oktober in Kraft.

Bei der

Wahl des Vorstandes

Am die Absolutität der Mehrheit gegenüber den Kommunisten recht traf zum Ausbruch. Erst nachdem die gemeinsame Vorschlagsliste der SPD. und NZP. derweitelt und teils schon im Saale verteilt war, wurde die Wahlprüfungskommission der Form halber zusammenberufen, die dann durch ihren Vorsitzenden ihre (?) Vorschläge bekannt gab. Auf diese Weise war es unseren der Kommunisten angehörenden Genossen nicht möglich, die Vorschläge der kommunistischen Fraktion mit auf die gedruckte Vorschlagsliste zu bringen. Wohl hat man dann nachträglich die Delegierten aufgefordert, die von uns vorgeschlagenen Genossen Zidert und Wegmann als Vorstandsmitglieder und Wech und Fischer als Prüfer auf die Liste zu schreiben.

Die getriebenen Wahlprüfer wußten wohl, warum sie so vorgingen. Den dadurch haben sie erreicht, daß die vielen mit der Schickung unzufriedenen Delegierten ihrer Fraktionen so gut wie keine Möglichkeit mehr besaßen, arbeitswerte Änderungen vorzunehmen.

Nach erfolgter Wahl des neuen Vorstandes dankt Ditzmann in besten Worten für das durch die Wahl zum Ausdruck gebrachte Vertrauen und forderte durch einige kurze Schlussworte die Delegierten wie die gesamten Verbandmitglieder auf, einig und geschlossen zusammenzutreten gegen unseren gemeinsamen Feind, den Kapitalismus.

Hg. als Sekretär der Metallarbeiter-Internationale, rühmt in einer längeren Ansprache die auf diesem Kongress gepflogene Sachlichkeit und den trotz aller Gegenstände immer wieder zum Ausdruck gebrachten Willen zur Einigkeit.

Wir einen Dank an alle Delegierte für ihre schwere Arbeit und für ihr bis zur letzten Minute bischichtiges Aushalten auf dem Verhandlungstag, trotz der sehr angespannten Spannung, schloß der Vorsitzende Bödel den Verhandlungstag um 9 Uhr abend.

Die kommunistischen Delegierten janzten die Internationale an und unter den Klängen dieses proletarischen Kamp- und Liedes keerte sich der Saal.

Breslauer Nachrichten.

Wäsender Terror im Untersuchungsgefängnis.

Wie lange noch?

Wie lange noch wird die Arbeiterschaft Breslaus es dulden, daß man unsere Genossen unschuldig in Untersuchungshaft behält? Wie lange noch kann man von seiten der Gefängnisverwaltung alle Mittel anwenden, um unseren Genossen ihre Haft zu einer Höllenqual zu machen, wohingegen man den Schiebern und Bucherern das Leben so angenehm wie möglich macht? Bei der geringsten Kleinigkeit steckt man unsere Genossen in Arrest, von da in eine Sicherheitszelle? Ja, wie lange noch? Wißt Ihr Arbeitsbrüder und -Schwestern denn überhaupt, was es bedeutet, in Arrest gesteckt zu werden? Nein, Ihr wißt es nicht, denn wenn Ihr es wüßtet, dann säßen unsere Genossen nicht mehr in der Graupe! Die seelische Einwirkung ist geradezu niederstimmernd auf den geistigen Gesundheitszustand der Inhaftierten.

Hat Breslaus Arbeiterschaft keine Vertretung in der Gefängnisverwaltung, um die von uns gemeldeten Fälle abzuschaffen? Es darf nicht vorkommen, daß man einen unserer Genossen, nur weil er beim Zusammentreffen mit anderen Gefangenen einem dieser Gefangenen einen kleinen bestrichenen Zettel zusteckte, sofort auf Anordnung des Herrn Ober-Inspektors in Arrest steckt. Wurde unser Genosse dadurch gemeingefährlich? Warum wurde er sofort in eine Sicherheitszelle gelegt? Wir sind begierig zu hören, was der berühmte Herr Langer zu dieser Zeit sagen wird. Darum, Ihr Proletariat, beseitigt die weiße Justiz, sorgt dafür, daß unsere Genossen sofort freigelassen werden.

Denn, was unseren Genossen passiert, kann Euch auch passieren. Darum tretet sofort ein für

Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen!

Benützt die Macht, die Ihr besitzt!

Beseitigt die weiße Justiz!

Bezirksparteitag Schlesiens.

Am Sonntag, 23. Oktober 1921, findet in Clegnis

der Bezirksparteitag Schlesiens statt. Bis zu 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu entsenden. Auf weitere angefangene Hundert ein weiterer Delegierter. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Zur Deckung der Unkosten wird vom Bezirk eine Extramarkte herausgegeben zum Preise von 1 Mark. Jedes Mitglied ist verpflichtet, mindestens eine Marke zu haben. Die Abrechnungen sind so schnell als möglich an die Bezirksleitung zu Händen des Genossen Gruschwitz einzusenden.

Anträge sind an die Bezirksleitung zu richten.

APD. Bezirksleitung Schlesien.

Aus der Provinz.

Schmiedeberg. Eine feine Nummer von Arbeitervertretern scheint der Gewerkschaftsbeamte Kreisfmann zu sein, wie aus einer Meldung des „Boten aus dem Riesengebirge“ herauszukommen ist, anfänglich eines Jubiläums der Pohlischen Porzellanfabrik. Dieser laubere Herr, mit dem sich unsere Genossen in Schmiedeberg leider schon zu viel beschäftigen mußte, macht trotz seiner Verächtigung und Korrektur an einer unierter legien Rechnung wieder einmal von sich zu reden, daß wenn man alles hört und sieht, vor sich einem Arbeitervertreter höchstens ein Pfui Zeufel übrig hat. Lassen wir den Bericht reden, gegen den dieser Herr bis jetzt noch nicht protestiert hat. Es verlohnt sich, trotz Raummangels, einmal unseren Arbeitsbrüdern den ganzen Film vorzuführen, damit sie sich ein Bild machen können, in welcher gemischter Gesellschaft dieser Herr sich wohl fühlt und wie diese Arbeiterführer, als die Jubilare 300 Mark für jage und jehreide janzanzwanzigjährige Tätigkeiten als Belohnung für ihren geopferten Leib und Gesundheit erhielten, jauch sich dieser Herr bereit, der Firma ein herzliches Glückauf zu wünschen. Offenbar hatte er gar nicht gemerkt, daß das Trinkgeld von 300 Mark eigentlich nach dem heutigen Stand der Mark und ihrer Entwertung kaum für einen Strich zulangt, um sich aufzuhalten. Also zum besseren Verständnis lassen wir das Wichtigste des Berichtes folgen:

Das Jubiläum der Porzellanfabrik in Schmiedeberg.

Durch ein sehr großen Stils wurde am Montag der 21. Jahrestag der Gründung der Porzellanfabrik in Schmiedeberg, Firma Gebr. Pohl & S., gefeiert. Das Fest wurde am Sonntag abend durch ein abgebranntes Feuerwerk von jehener Großartigkeit eingeleitet.

Montag früh war großes Weden, und im Laufe des Vormittages janden sich mit zahlreichen Ehrengästen von nah und fern die Angehörigen der Jubelfirma in dem prächtig geschmückten Saale des Garkochs zum Stollen zu einem Festakt ein. Circa zweihundert Personen waren versammelt. Sie wurden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Dr. von Eichborn, begrüßt.

Nicht aus dem Drange nach Vergängen und Lust ist das Fest veranlaßt worden; es sei anzugehen und werde getragen von dem Gedanken, daß es gelte, eine große Dankesspille zu erzählen angefaßt der gewaltigen Arbeit, die von den verschiedenen Händen und Köpfen in fünfzig Jahren geleistet worden ist. Denn aus einem Kischid auf die Geschichte des Unternehmens und einem Einblick in sein inneres Wesen können wir parte neue Kräfte gewinnen. Unter jehnen Arbeitnehmern zählt das Unternehmen heute nicht weniger als 46 Jubilare, die länger als fünf- und zwanzig Jahre in ihm tätig sind. Herzlicher Dank ihnen und allen denen, die ihre Kraft und Arbeit dem Werke widmeten.

Nach einem feierliche überbrachte Geheimrat Eichorn aus Clegnis die Grüße des Regierungsprä-

denten und dessen Festtagswunsch, daß die Pohlische Fabrik weiterhin von Erfolg zu Erfolgen geführt werden und damit beitragen möge zum Wiederaufbau des Vaterlandes.

Man ließ sich dann zum Frühstücksmahle nieder, während die Schmiedeberger Stadtkapelle wader spielte. Die Reihe der Trinksprüche eröffnete Landrat v. Bitter, der der Jubelfirma im Namen des Kreises gratulierte. Generaldirektor Dr. S i b e r a n d sprach im Namen der Handelskammer, Bürgermeister Dr a c h e im Namen der Stadt Hirschberg.

Direktor H a m p e l gab die Namen der Jubilare bekannt und überreichte ihnen mit Worten des Dankes für ihre treue Mitarbeit Geldgeschenke, je 500 Mark für die Angeestellten und je 300 Mark für die Arbeiter. Es folgten 16 Namen.

Gewerkschaftssekretär Kreisfmann dankte im Namen der Arbeitsveteranen und brachte auf die Firma ein herzliches Glückauf aus. Bürgermeister M e i n e r t hob die Bedeutung des Pohlischen Werkes für die wirtschaftliche Entwicklung Schmiedebergs hervor. Sein Hoch galt insbesondere der Leitung, den Angeestellten und Arbeitern. Pastor D e m e l i u s kennzeichnete das Jubiläum als die goldene Hochzeit, die Werkleitung und Arbeitnehmer feiern. Jwoischen beiden habe immer ein gutes Einvernehmen und ein festes Vertrauensverhältnis bestanden. Redner weichte sein Glas dem Direktor H a m p e l, auf dessen Gattin Fabrikbesitzer Emil Weich ein Hoch ausbrachte. Pfarrer M a l i s k e feierte die Witwe des Gründers, Frau Kommerzienrat P o h l, als ein jeder Arbeiterstau geltendes Vorbild von Einjachsheit. Den Schluß der Ansprachen bildete eine fernige, von großem Beifall begleitete Rede des Justizrats Dr. M e l a n. Es habe eine Zeit gegeben, wo das Land als das glücklichste gepriesen wurde, das von der Natur am reichsten begünstet sei. Jetzt sei das Land das glücklichste, in dem der Einzelne durch seine Tüchtigkeit, Arbeitskraft, Arbeitsfreudigkeit und Sparsamkeit dem ganzen Volke diene. Wer behaupte, daß der Mensch anders als durch Arbeit und Sparsamkeit reich und glücklich werden könnte, der betrügt das Volk und ist ein Schelm. Freude am Besitz habe die Jubelfirma geschaffen und zur Blüte gebracht, jene Freude am Besitz, der in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird. In des Redners Hoch auf die deutsche Arbeit wurde begeistert eingestimmt.

Gegen 2 Uhr wurde die Tafel aufgehoben. Die Mitglieder des Aufsichtsrates, die Werkleitung und ein Teil der Ehrengäste fuhren in Kraftwagen nach der neuen Grenzbaude, wo das Jubiläumsfest seinen Abschluß fand.

Der Schlußakt ist das wunderbarste an dieser Jubiläumskomödie. Die Tafel wurde aufgehoben, nicht wahr, Herr Kreisfmann, nachdem sie sich satt gegessen hatten. Mit den Ehrengästen und Aufsichtsratsmitgliedern ging dann zur Grenzbaude, wo das herrliche Jubiläumsfest seinen Abschluß fand. Die Jubilare scheint man, so wie der Bericht lautet, mittlerweile vergessen zu haben. Rur ja, 46 Proleten hätten auch mit ihrem Anblick den guten Appetit und Stimmung dieser Herren Pfarrer, Landräte, Regierungsvertreter, Justizräte, Aufsichtsräte und Gewerkschaftsangeestellten verborgen und deshalb gilt das Wort: Allein sein, ist sein. Man darf gespannt sein, was die Arbeiter im Riesengebirge, zu diesem Vorgang sagen.

Bernstadt. In einer öffentlichen Versammlung sprach Genosse S t o d t j i c h über den Lebensmittelwucher und die Verelendung des arbeitenden Volkes durch die Ausbeuter. Er zeigte an Hand von Beispielen, welchen Weg das Proletariat einzuschlagen hat, um sich mit Erfolg dagegen zu wehren. Er führte unsere Gewerkschaftsbewegung sowie die Taktik der SPD. an, und betonte, daß, wenn unsere Gegner andere Kampfmittel anwenden, auch die Arbeiterschaft von ihren Führern endlich eine andere Kampfessform verlangen muß. Er wies darauf hin, daß den Arbeitern nicht durch Resolutionen in Protestversammlungen geholfen wird, sondern nur durch die Taten, die dort erwähnt wurden. Darum muß die Arbeiterschaft auf dem Posten sein und den Klassenkampf aufnehmen zur endlichen Erledigung des kapitalistischen Systems. Seine Ausführungen wurden mit alseitigem Beifall belohnt. In der Diskussion meldete sich niemand, ein Zeichen dafür, daß die dortigen SPD-Leute mit unseren Ansichten sympathisieren; also ran an die Massen.

Versammlungskalender.

Distrikt 9. Freitag, den 23. September, 7 Uhr abends: Distriktabend bei Müller, Alfenstraße 62.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannas, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, c. m. b. H., Berlin SW 48.

Nachruf!

Hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse und Mitglied der PAO. und IR., der

Tischler Oskar Goiny

infolge eines Unglücksfalles im Krankenhaus zu Magrabowo (Ostpreußen) gestorben ist. Sein Andenken werden wir in Ehren halten

Distrikt 4/14. I. A.: Lieber, Arndt

Schauspielhaus.

Eröffnungstag: 21. Aug. 20. Heute und täglich 7 1/2 Uhr: „Das Hollandweibchen“. Sonnabend 7 1/2 Uhr: „Zum 30. Male: Das Hollandweibchen“. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr: „Hohelilz tanzt Walzer“.



Liebig-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr: Das große September-Programm.

Wetterfestes Schuhwerk.

Ludwig Herz, Büchelerplatz 4.